



Verantwortung nicht nur für den*die Nächste*n

Beim Impfen geht es um Solidarität

BK 2021-1-2

Wir appellieren an alle Menschen mit Zugang zu Impfstoff: Zeigt euch solidarisch und lasst euch impfen! Und an unsere Repräsentant*innen in der globalen Staatengemeinschaft appellieren wir: Die Impfmittel müssen global gerecht verteilt werden. Es darf keinen „Impfnationalismus“ oder gar „Impfimperialismus“ bei der Beschaffung und Verteilung der Impfmittel geben.

Bis zum Herbst soll in Deutschland jede*r ein Impfangebot erhalten, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Für die Menschen in vielen anderen Ländern weltweit ist derweil noch offen, wann sie die Möglichkeit zur Impfung erhalten. Immer mehr Gesundheitssysteme halten den steigenden Infektionszahlen nicht stand, wie zum Beispiel unserem Nachbarland Tschechien.¹ Wir stellen darum fest: In dieser Zeit ist jede*r einzelne gefragt, sich solidarisch zu zeigen. Dazu gehört es, Abstands- und Hygieneregeln konsequent einzuhalten und sich als Zeichen der Solidarität und der Mitmenschlichkeit impfen zu lassen, sobald die Möglichkeit besteht. Weiter ist klar: Das Virus kennt keine Grenzen und betrifft die Weltgemeinschaft. Deutschland und die Europäische Union müssen sich ihrer globalen Verantwortung bewusst sein.

Wir schützen unsere Gemeinschaft

Die Impfung gegen das Corona-Virus ist freiwillig und sollte es auch sein. Sich impfen zu lassen, wenn die Möglichkeit besteht, ist jedoch auch ein Zeichen der Solidarität gegenüber besonders vulnerablen Gruppen, die sich nicht impfen

lassen können, beispielsweise aufgrund chronischer Krankheiten, Allergien oder weil sie zu jung sind. Ein Infektionsschutz besteht nur dann, wenn sie sich in ihrem Umfeld nicht anstecken können. Sich impfen zu lassen, schützt also nicht nur sich selbst, sondern trägt gleichzeitig zum Schutz der Gemeinschaft bei. Am Ende werden es vor allem Impfungen sein, die es uns ermöglichen, die Beschränkungen des Alltags, die wir seit Pandemiebeginn erleben, wieder vollständig aufheben zu können. Denn erst wenn ein Großteil der Menschen in unserer Gesellschaft geimpft ist, können die Infektionswellen gestoppt und die Krankheit bekämpft werden. Bis dahin gilt es einen verantwortlichen Umgang beizubehalten.

Impfbereitschaft sehen wir als unsere ethische Verantwortung an

Die Bereitschaft der Menschen, sich impfen zu lassen, geht vor allem mit einem Vertrauen in die Sicherheit des Impfstoffs einher. Dieses ist natürlich auch daran geknüpft, dass die Menschen verständlich und kompetent aufgeklärt werden. Politiker*innen und dem öffentlichen Gesundheitsdienst kommt hier eine besondere Rolle zu. Gleichzeitig appellieren wir als Kolpingjugend auch an die Verantwortung jeder*s Einzelnen, sich zu informieren, um die eigenen Fragen zu klären und vorhandene Sorgen und Unsicherheiten aufzulösen.

Als Kolpingjugend setzen wir uns für ein solidarisches Miteinander ein und sehen die

¹ <https://de.euronews.com/2021/03/04/triage-in-tschechischen-kliniken-die-corona-lage-in-europa>.

Wahrnehmung des Impfangebots deshalb als unsere ethische Verantwortung – dann, wenn wir an der Reihe sind. Diese Verantwortung betonte auch Papst Franziskus und appellierte: "Du spielst mit deiner Gesundheit, du spielst mit deinem Leben, aber du spielst auch mit dem Leben anderer".

Wir appellieren an die Solidarität jedes Menschen und in der globalen Staatengemeinschaft

Der Aufruf sich impfen zu lassen läuft aber ins Leere, wenn Menschen gar nicht die Möglichkeit dazu haben. Wir fordern deshalb: Ein Impfstoff muss unabhängig von Wohlstand und Wohnort allen Menschen dieser Welt gleichermaßen und zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stehen. Wir sehen es als unsere moralische Pflicht an, dass wir uns für all jene Menschen überall auf diesem Planeten stark machen, die von keinem umfangreich ausgestatteten Gesundheitssystem aufgefangen werden.

Reiche Länder stehen in der besonderen Verpflichtung dafür zu sorgen, dass die Verfügbarkeit, die Verteilung und die Qualität des Impfstoffs nicht an den Reichtum von Staaten oder Personen gebunden ist. Dabei darf es nicht nur um die Prinzipien der Wirtschaft gehen, weshalb auch staatliche Maßnahmen wie die Aufhebung des Patentschutzes oder die unbürokratische Unterstützung zur Ausweitung der Produktionskapazitäten weltweit, als Instrumente ernsthaft erwogen werden müssen² Die europäische und deutsche Politik darf sich nicht darauf beschränken, die Virusverbreitung nur im Inland zu verhindern. Denn das Virus kennt keine Landesgrenzen. Die Kolpingjugend begrüßt das Engagement der Europäischen Union im Rahmen der COVAX Impfinitiative, mit der ein gerechter Zugang zu einem COVID-19-Impfstoff – unabhängig vom Einkommen, für Millionen von

Menschen in armen Ländern – ermöglicht werden soll. Gleichzeitig dürfen solche Zahlungen nicht zu einem moralischen Feigenblatt verkommen. Europa muss seine globale Verantwortung transparent und dauerhaft wahrnehmen. Exportkontrollen für in der EU produzierten Impfstoff dürfen COVAX deshalb nicht betreffen. Diese Pandemie ist eine globale Herausforderung, in der die Weltgemeinschaft zu zeigen hat, dass wir überall auf der Welt füreinander eintreten.

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland am 07. März 2021.

² Weitere Informationen dazu in der ARD-Doku: <https://www.youtube.com/watch?v=SJ7sr7ssVU8> oder der Tagesspiegel <https://www.tagesspiegel.de/politik/pro-und-contra-zum-wto-treffen-zu-corona->

[impfpatente-aufheben-ist-auch-eine-frage-von-eigennutz/26955600.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/pro-und-contra-zum-wto-treffen-zu-corona-impfpatente-aufheben-ist-auch-eine-frage-von-eigennutz/26955600.html)



Alle Generationen brauchen die jungen Stimmen

Wahlrecht für Kinder und Jugendliche

BK 2021-1-3

Wir erleben in der Gesellschaft gerade viel Aufmerksamkeit für die Sicht junger Menschen. Es wäre aber ein Trugschluss, dieses Interesse als eine reife, reflektierte und selbstbestimmte Wahl der Älteren zu werten. Stattdessen haben sich junge Menschen angesichts gewaltiger, globaler Herausforderungen Aufmerksamkeit für ihre Anliegen erkämpft. Was zeigt das? Junge Menschen können und wollen mitbestimmen. Es ist an der Zeit, ihnen dieses Recht zu verbrieften!

Kinder und Jugendliche müssen wählen können!

Es braucht mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Ihre Stimmen sind für die Demokratie so wichtig wie jede andere. Deshalb fordern wir ein aktives Wahlrecht ohne Altersgrenze bei Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.¹

Ein mögliches Modell: Mit 14 Jahren werden Jugendliche automatisch in das Wähler*innenverzeichnis aufgenommen. Vorher schon können Kinder und Jugendliche einen Antrag stellen, um an einer Wahl teilzunehmen.

Ein Stellvertretungswahlrecht lehnen wir ab. Es ist kein Ersatz für die eigene politische Entscheidung von Kindern und Jugendlichen. Das Wahlrecht ist höchstpersönlich und kann nicht übertragen werden. Die Wahlalterabsenkung auf 16 Jahre wäre ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung.

Die Macht geht vom Volke aus – nur nicht von Kindern und Jugendlichen

Das Grundgesetz regelt, dass alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen hat.² Gleichzeitig werden Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (in manchen Ländern in Bezug auf Kommunal- und Landtagswahlen erst unter 16 Jahren)³ von dem zentralen Machtinstrument der Demokratie ausgeschlossen: Der Wahl. Dieser Umstand wird gerechtfertigt, indem jungen Menschen Eigenschaften wie Selbstständigkeit, Unbeeinflussbarkeit und Reife pauschal abgesprochen werden, die als Grundvoraussetzungen für Wähler*innen gelten. Diese Eigenschaften mit einer pauschalen Altersgrenze zu verbinden, wird der Unterschiedlichkeit der Menschen aber nicht gerecht. Reife oder Mündigkeit kann nicht getestet werden. Stattdessen muss sie allen Wähler*innen unterstellt werden, wenn sie sich zur Wahl entscheiden. Handlungen von Kindern und Jugendlichen sind nicht defizitär, weil sie von jungen Menschen durchgeführt werden. Stattdessen speisen sie sich aus anderen – aber nicht falschen – Lebensweltbezügen und Erfahrungen. Kinder und Jugendliche können ihre Interessen am besten selbst vertreten. Der Entschluss, zur Wahl zu gehen, muss auch darum als Befähigungsnachweis ausreichen.

Jugendliche wählen ihren Lebensweg – aber nicht ihre Politik

Ab 14 Jahren sind Jugendliche teils strafmündig.⁴ Sie treffen Entscheidungen über ihren beruflichen Werdegang und bestimmen über ihre Religionszugehörigkeit. Ihnen wird Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit zugestanden. In der Schule lernen sie, wie das politische System funktioniert. Von politischer Mitbestimmung sind sie aber ausgeschlossen, als ob die Politik

von heute nichts mit der Welt von Morgen zu tun hätte.

Schon im Heranwachsen braucht es eine fundierte Heranführung an politische Themen, um unsere Demokratie mit Leben zu erfüllen. Demokratie ist keine Selbstläuferin. Jugendliche besitzen bereits ein hohes politisches Interesse und sind auch informiert. Gerade die in der Jugend typische Einbettung in Familie und Schule kann Halt und Orientierung bieten. Damit verbunden sind aber auch Nachteile sozialer Ungleichheiten.⁵ Diese Ungerechtigkeit lässt sich aber nicht als Argument gegen die Herabsenkung des Wahlalters ausspielen.

Generationengerechtigkeit braucht junge Wähler*innen

Eine nachhaltige Politik, die soziale, ökonomische und ökologische Aspekte verhandelt, kann auf die Perspektive von Kindern und Jugendlichen nicht verzichten. Eine generationengerechte Politik erfordert gerade angesichts des demografischen Wandels eine Stärkung junger Stimmen. Parteien und Politiker*innen richten sich nach den Stimmen der Wähler*innen aus. Wenn dabei 13 Millionen Bürger*innen – Kinder

¹ Die Kolpingjugend unterstreicht und konkretisiert damit die Positionen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) – siehe <https://www.bdkj.de/jugendpolitik/wahlalter> – und des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) – siehe <https://www.dbjr.de/xtra/wahlalterssenken/>.

² Artikel 20, Absatz 2 GG. Nachweis: <https://dejure.org/gesetze/GG/20.html>

³ ³Nachweis: <https://www.machs-ab-16.de/wahlen-ab-16-in-deutschland/>

⁴Nachweis: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/324105/strafmuendigkeit>

⁵ Die Studie „Wählen mit 16?“ von Faas & Leininger (2020) ordnet das politische Interesse und

und Jugendliche – ausgeblendet werden, führt das unweigerlich zu einer Interessenverschiebung zu Ungunsten junger Menschen. Dagegen hat eine Ausweitung des Wahlrechts eine Signalwirkung. Politik muss sich auch vor jungen Menschen rechtfertigen.

Politische Beteiligung junger Menschen

Gleichzeitig fordern wir, die Wahlalterabsenkung mit weiteren Maßnahmen zu verknüpfen, um soziale Ungleichheiten nicht zu verstärken. Neben den Schulen hat dabei auch der zivilgesellschaftliche Bereich den Auftrag benachteiligten Kindern und Jugendlichen politische Beteiligung nah zu bringen. Letztlich ist das Wahlalter ein Handlungsfeld für politische Beteiligung junger Menschen, aber nicht das einzige.⁶

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland am 07. März 2021.

Wissen bei 15- bis 24-Jährigen auf einem stabilen, hohen Niveau ein (vgl. S. 31–34). Gleichzeitig wird betont, dass eine Absenkung des Wahlalters „mit gezielten und effektiven Maßnahmen flankiert werden muss“ (S. 52), um bestehende soziale Ungleichheiten nicht zu verstärken. Quelle: https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2020/fup_20_134-studie-wahlalter/index.html

⁶ Vergleiche: „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019. Quelle: https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.84_Jugend_beteiligen_jetzt.pdf



Weiterarbeit AG heute für morgen bis zur Bundeskonferenz 2021-2

BK 2021-1-4

Die Bundeskonferenz beschließt, dass die Evaluation und der Beschluss über die Weiterarbeit der AG heute für morgen auf die Buko 2021-2 verschoben wird. Die AG arbeitet bis zu den Entscheidungen weiter an ihren Themen

- Upgrade inkl. Leitbildprozess
- Arbeitswelt und Ehrenamt
- abschließende Arbeiten am Wegweiser Rente.

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland am 07. März 2021.



Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Kolpingjugend

BK 2021-1-5

Unser Ziel:

Die Kolpingjugend Deutschland verpflichtet sich dazu, klimaneutral zu werden. Es gibt einige Aspekte, die zeitnah umgesetzt werden können. Andere Elemente müssen erst genauer geprüft werden, damit dann anschließend eine effektive Umsetzung erfolgen kann.

Dieses Ziel überprüfen wir jährlich im Rechenschaftsbericht, zusätzlich findet mindestens einmal im Jahr ein Tagesordnungspunkt „Klimaneutralität“ auf der Bundeskonferenz statt. Möglich sind u.a. ein Studienteil, Workshops, Berichte aus den Diözesan- und Landesverbänden sowie Regionen, ergebnisoffene Evaluation.

Die Leitungen der Kolpingjugend sind dazu aufgerufen, die Thematik auf ihre eigenen Ebenen und in die jeweiligen Vorstände des Kolpingwerks einzubringen.

Klimaneutrale Sitzungen

Sitzungen der Kolpingjugend auf Bundesebene werden - möglichst - klimaneutral durchgeführt. Um dies zu erreichen, werden folgende Mittel angewandt:

Politische Perspektive

Die Gremien der Kolpingjugend Deutschland bringen das Thema in den Veranstaltungen und Gremien des Gesamtverbandes ins Gespräch. Gerade mit Blick auf das Bundesjugendreferat und gemeinsame Veranstaltungen bietet es sich an, wenn die Klimaneutralität auch im weiteren Bundessekretariat berücksichtigt wird. Außerdem wirkt die Bundesleitung darauf hin, dass neue Artikel, die über den Kolpingshop

vertrieben werden, nachhaltig sind und klimaneutral versendet werden.

Dabei wird sich an den Beschluss der Bundesversammlung 2016 des Kolpingwerkes Deutschland zur Einführung eines ökologischen und sozialen Beschaffungswesens und entsprechender Organisation von Veranstaltungen angelehnt. Auch in Gesprächen mit dem BDKJ oder (Kolping-)Politiker*innen, v.a. auf Bundes- und EU-Ebene, und Parteien wird das Thema der Klimakrise immer wieder eingebracht.

Auch die öffentlichkeitswirksame Teilnahme durch Gremien der Kolpingjugend Deutschland an Aktionen wie Auto- oder Plastikfasten können genutzt werden, um immer wieder auf die Relevanz von Klimaneutralität aufmerksam zu machen.

Bundesjugendreferat

Auch im Bereich des Bundesjugendreferats besteht die Möglichkeit, klimaneutraler zu agieren. Dazu gibt es bereits unten aufgeführte Ideen, die sofort oder nach Aufbrauchen noch vorhandenen Materials umgesetzt werden. Darüber hinaus können weitere Aspekte durch die Mitarbeiter*innen im Bundesjugendreferat oder die Expert*innengruppe ergänzt werden.

- Drucken: Verwendung von nachhaltigem Toner und Recyclingpapier; nur drucken, wenn es wirklich notwendig ist; Schwarzweißdruck als Standard-Einstellung
- Reinigen: biologisch abbaubare Reinigungsmittel, Hygieneartikel, Mülltüten

- Recyclingmaterial: Toilettenpapier/ Bambus-Küchentücher
- Energie: Verwendung von Ökostrom; Energieberatung zur Optimierung von bestehenden Gegebenheiten
- Verwendung von ecosia als Standard-suchmaschine
- Neuanschaffung von Büromöbeln, Elektrogeräten: Berücksichtigung der bestmöglichen Energieeffizienz bzw. Klimaneutralität
- Website der Kolpingjugend Deutschland: Können Server genutzt werden, die mit Ökostrom betrieben werden?
- Tagungsmaterial: Wie können Wahlen klimaneutral(er) durchgeführt werden? Sind digitale Abstimmungen über Tools wie Open Slides auch bei analogen Konferenzen möglich? Wie können Stimmungskarten nachhaltig(er) gestaltet werden? Können Tools über Ökostrom genutzt werden – im Tagungshaus, aber auch mit Blick auf die genutzten Server.

Einrichtung einer Expert*innen- gruppe:

An einigen Stellen ist noch nicht eindeutig, was "besser" ist. „Besser“ bedeutet hierbei nicht nur das Ziel der Klimaneutralität in den Blick zu nehmen, sondern auch Aspekte wie Effizienz, Beziehungsaufbau und -pflege zu berücksichtigen. Daher beschäftigt sich eine Expert*innengruppe insbesondere mit den folgenden Themen:

- Sitzungen: Sind analoge oder digitale Sitzungen "besser"? (Wie) Ist eine Kombination möglich – gibt es hybride Veranstaltungen oder finden digitale und analoge Veranstaltungen im Wechsel statt? Welche weiteren, zu den oben aufgeführten, Möglichkeiten gibt es, um analoge Sitzungen klimaneutral(er) zu gestalten?
- Kolpingjugendpreis: Wie kann die Relevanz von Klimaneutralität bei der Verleihung des Kolpingjugendpreises berücksichtigt werden? Fällt klimaneutrales Handeln stärker ins Gewicht, gibt es einen Sonderpreis, o.ä.?
- Anreise: Wie kann eine Fahrtkostenerstattung bei der Anreise mit E-Autos funktionieren?
- Erstellung einer Liste mit klimaneutralen Giveaways/Werbeartikeln und entsprechenden Anbieter*innen, auch zur Veröffentlichung auf der Website der Kolpingjugend Deutschland
- Prüfung der Möglichkeit, diese klimaneutralen Artikel über den Kolpingshop zu bestellen? Ist eine Verknüpfung mit dem Logogenerator möglich, um ebenspezifische Produkte zu generieren? dann über den Kolpingshop mit Logogenerator zur Bestellung
- Sammlung weiterer Ideen für einen klimaneutralen Verband
- Zertifizierungen: Gibt es Zertifizierungen, die die Bemühungen der Kolpingjugend Deutschland zur Klimaneutralität anerkennen? Welchen Mehrwert bieten diese?
- Gestaltung eines Workshops „Klimaneutraler Verband“, der auch für andere Ebenen durchgeführt oder im Sinne von Multiplikator*innen weitergetragen werden kann:
- CO2-Ausgleich: Nach welchen Kriterien wird der CO2-Ausgleich gezahlt? Gibt es eine Pauschale pro Veranstaltungskategorie, pro Kopf oder daran ausgerichtet, wie klimaneutral die Sitzung ist? Oder verpflichtet sich die Kolpingjugend

Deutschland, (zusätzlich) eine gewisse Menge CO₂/Jahr auszugleichen? Der CO₂-Ausgleich ist jedoch kein Ersatz für praktische Umsetzungen zur Klimaneutralität.

- Ökologischen Fußabdruck der Kolpingjugend Deutschland im Jahr herausfinden (lassen), um später Vergleichswerte für verschiedene Zeiträume zu erhalten und die Effektivität der Bemühungen zu überprüfen.
- Verpflegung: Bei Sitzungen wird darauf geachtet, dass die Verpflegung saisonal, regional, plastikfrei, fair und vegan/vegetarisch ist. Je nach Situation kann eine unterschiedliche Priorisierung erfolgen.
- Anreise: Bahnreisen (mit Ökostrom) sind das Mittel der Wahl, um zu Sitzungen der Bundesebene zu reisen. Die Anreise mit dem PKW muss im Vorfeld im Referat der Kolpingjugend beantragt werden. Eine Anreise mit dem Flugzeug wird nicht finanziell gefördert.
- Tagungsort: Bei der Wahl der Tagungshäuser wird auf den ökologischen Fußabdruck der Häuser geachtet (z.B. Ökostrom, klimafreundliche Hygienartikel auf den Toiletten). Wenn kein möglichst klimafreundlicher Tagungsort gebucht werden kann, wird ein CO₂-Ausgleich gezahlt.
- Tagungsunterlagen: Bereits seit einigen Jahren wird der Zweitversand für Bundeskonferenzen nur auf Anfrage postalisch versandt, da viele Teilnehmer*innen digitale Geräte nutzen. Die Nutzung von Ökostrom am Tagungsort sollte daher möglich sein. Auch die Verwendung von anderen nachhaltigen Konferenzmaterialien sollte geprüft und umgesetzt werden, z.B. Stimmungskarten, Wahlzettel oder -tools.

- Giveaways: Auch zu verteilende Giveaways werden nach ihrem Beitrag zur Klimaneutralität ausgewählt - Aspekte wie recycelte und/oder recycelbare Gegenstände, eine gute Qualität, um eine langfristige Nutzung zu ermöglichen, werden dabei in Betracht gezogen. Ein Verzicht auf Giveaways oder Werbeartikel ist auch möglich, wird aber nicht festgelegt: Giveaways können zu einer positiven Atmosphäre und zu einer guten Bindung an die Bundesebene und zur Kolpingjugend generell beitragen.
- Deko: Bei Veranstaltungen und Sitzungen wird möglichst wiederverwendbare oder nachhaltige, z.B. recycelbare, Dekoration verwendet.

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland am 07. März 2021.



Auch wir sind Kirche

BK 2021-1-6

Die Kolpingjugend Deutschland bezieht wie folgt Stellung:

Wir machen Mut, eine Kirche zu gestalten, in der Nächstenliebe und Menschenwürde an erster Stelle stehen.

Die Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche ist nicht zufriedenstellend. Es stellt sich immer wieder die Frage, wie eine Institution, die Nächstenliebe und Menschenwürde predigt, gleichzeitig solch gravierende Fehler in der Aufarbeitung und im Umgang mit sexuellem Missbrauch machen kann? Das wird den Betroffenen auf keine Weise gerecht. Nebenbei zerstört es das Vertrauen aller Gläubigen.

Die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich verbandlich oder anderweitig in der katholischen Kirche engagieren, sehen sich inzwischen in einer Situation der Rechtfertigung: Wie kannst du dich in so einer Kirche engagieren? Wie kannst du Mitglied in so einer Kirche sein? Wie kannst du so glauben?

Unsere Kirche ist kritisch

Kritik an intransparenten Vorgängen zur Aufarbeitung der Missbrauchsfälle ist berechtigt, richtig und wichtig. Und je mehr sich die Verantwortlichen – gleich ob Kleriker oder Lai*innen – weigern, unabhängig und transparent Missbrauch aufzuarbeiten, desto weniger fühlen wir uns in dieser Kirche beheimatet, denn unsere Loyalität gilt nicht dem Erhalt problematischer Machtstrukturen.

Unsere Kirche leben wir in der Kolpingjugend

In der Jugend(verbands)arbeit findet seit Jahren gute und verbindliche Präventionsarbeit statt. Durch unsere demokratischen und partizipativen Strukturen schaffen wir eine Umgebung, in der Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mitbestimmen dürfen. Wir gehen achtsam und aufmerksam miteinander um. Bei uns wird der Schutz und das Wohlbefinden unserer Mitmenschen großgeschrieben. Wir machen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stark und ermutigen sie, ihre Meinung zu äußern.

Unsere Antwort ist: Auch wir sind katholische Kirche

Unsere Kirche zeichnet sich nicht nur durch eine formale Mitgliedschaft aus. Unsere Kirche will die Aufarbeitung und Aufklärung sexuellen Missbrauchs. Sie will systemische Veränderungen. Und: Sie will eine Gemeinschaft der Gläubigen sein und bleiben.

Unsere Kirche zu sein braucht Mut

Wir bekennen uns zu unserer Kirche die fehlerbehaftet ist. Wir wollen dazu beitragen, träge Strukturen aufzubrechen damit ein positiver Neuanfang möglich wird. Wir überlassen die Kirche nicht denen, die so weiter machen wollen, wie bisher, denn es ist auch unsere Kirche. Wir machen allen Mut, unsere Kirche mitzugestalten, in der Glaube, Hoffnung und Liebe und der Mensch in der Mitte steht.

Beschlossen durch die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland am 07. März 2021.